

II-964 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 588 /J

1991-02-28

A N F R A G E

der Abgeordneten Dolinschek, Huber  
an den Bundesminister für Arbeit und Soziales  
betreffend Befreiungserklärungen nach BSVG

Durch die 11. Novelle zum BSVG wurde die Wirksamkeit von Befreiungserklärungen im Bereich der Pensionsversicherung aufgehoben; wie nunmehr der 12. Bericht der Volksanwaltschaft nachweist, wurde durch diese gesetzgeberische Maßnahme in die Lebensplanung einiger Menschen sehr negativ eingegriffen, weil diese zwar nunmehr Beiträge zur Pensionsversicherung entrichten müssen, aber aufgrund ihres Alters wahrscheinlich nicht mehr in den Genuß einer entsprechenden Pension kommen werden.

In diesem Zusammenhang richten die unterzeichneten Abgeordneten an den Herrn Bundesminister für Arbeit und Soziales die nachstehende

A n f r a g e :

- 1) Halten Sie die rückwirkende Schaffung von Übergangsbestimmungen zur 11. BSVG-Novelle für notwendig, um den im 12. Bericht der Volksanwaltschaft (Seite 38 ff) angeführten Mängeln Rechnung zu tragen?
- 2) Wenn ja, werden Sie einen diesbezüglichen Gesetzesentwurf bei der nächsten Novelle zum BSVG vorlegen?
- 3) Wenn nein, halten Sie es grundsätzlich für vertretbar, Personen zu jahrelangen Beitragszahlungen zu verpflichten, die höchstwahrscheinlich nicht in den Genuß einer entsprechenden Pension kommen können?